



Amtsgericht Remscheid

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 26.08.2026, 10:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal A 112, Alleestr. 119, 42853 Remscheid**

folgender Grundbesitz:

**Wohnungsgrundbuch von Remscheid, Blatt 10228,
BV lfd. Nr. 1**

1.005/100.000 (Eintausendfünf Hunderttausendstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Remscheid, Flur 87, Flurstück 239, Gebäude- und Freifläche, Mischnutzung, Papenberger Straße 26, 28, 30, Größe: 1.713 m² verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 12 bezeichneten Wohnungsfläche im Hause links, II. Obergeschoß, straßenwärts

versteigert werden.

Laut Verkehrswertgutachten handelt es sich bei dem Versteigerungsobjekt um eine 1-Raum-Wohnung im 2.OG mit rund 31 qm Wohnfläche.

Die Wohnung besitzt über einen Flur, Bad, Wohnraum mit Schlaf- und Kochnische sowie einen Balkon zur Straßenfront.

Zum Sondereigentum gehört der Kellerraum Nr.12 .

Die Wohnung befindet sich in einem Mehfamilienhaus aus dem Jahr 1974.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 13.09.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

31.700,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.